

# Landraub bedroht indigene Völker

---

**Menschenrechtsreport Nr. 67 der  
Gesellschaft für bedrohte Völker**

---

August 2012

  
gesellschaft  
für **bedrohte**  
**völker**



## Impressum

### Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Postfach 2024, D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 49906-0

Fax: +49 551 58028

E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)

Internet: [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)



SPENDENKONTO: 1909

BLZ 260 500 01

Sparkasse Göttingen

Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen/Büros in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, NewYork, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

**Texte:** Yvonne Bangert (bgt), Ulrich Delius (ud), Judith Kunze (jk), Tim Linka (tl), Sarah Reinke (sr), Avanti Shirali (as)

**Titelphoto:** Ilang-Ilang Quijano

**Redaktion:** Inse Geismar

**Preis:** 3,50 Euro

**Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im August 2012**

## Inhaltsverzeichnis

|                                                                                |           |
|--------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>1. Zusammenfassende Einführung</b>                                          | <b>3</b>  |
| <b>2. Indonesien: Alarmierender Anstieg von Landraub bedrängt Ureinwohner</b>  | <b>6</b>  |
| <b>3. Malaysia: Widerstand gegen Ausverkauf des Landes wächst</b>              | <b>8</b>  |
| <b>4. Philippinen: Fast 4,5 Millionen Ureinwohner von Landraub betroffen</b>   | <b>10</b> |
| <b>5. Kambodscha: Regierung umgeht Gesetze für eigenen Profit</b>              | <b>13</b> |
| <b>6. Burma: Auch nach einer Demokratisierung wird Landraub zunehmen</b>       | <b>15</b> |
| <b>7. Russland: „Landgrabbing“ ist neue Bedrohung für indigene Bevölkerung</b> | <b>18</b> |
| <b>8. Äthiopien: Agrarkonzerne pachten riesige Flächen</b>                     | <b>19</b> |
| <b>9. Sudan: Investoren machen Ureinwohnern Flächen streitig</b>               | <b>20</b> |
| <b>10. Südsudan: Neun Prozent des Landes verpachtet</b>                        | <b>22</b> |
| <b>11. Guatemala: El Dorado für Bio-Treibstoff-Industrie im Land der Maya</b>  | <b>23</b> |
| <b>12. Kolumbien: Für Ölpalm-Plantagen Afrokolumbianer vertrieben</b>          | <b>25</b> |
| <b>13. Argentinien: Wichí durch Zuckerrohr, Ölpalmen, Soja vertrieben</b>      | <b>27</b> |

## 1. Zusammenfassende Einführung

Hunderte indigene Völker bedroht der weltweit zunehmende Landraub in ihrer Existenz. Nach dem Fluch begehrter Bodenschätze ist es nun der Boom der Bio-oder Agrotreibstoffe und die Suche nach fruchtbaren Anbauflächen, die das Überleben von Millionen Ureinwohnern akut gefährden. Nationale und internationale Agrar-Unternehmen, Investmentgesellschaften und Pensionsfonds haben in rund 60 Staaten langfristig große Flächen gepachtet oder gekauft, um dort Nahrungsmittel für den Export anzubauen. So haben indigene Völker im vergangenen Jahrzehnt bereits mehrere Dutzend Millionen Hektar Land verloren, das staatliche Stellen an Investoren verpachteten oder veräußerten, ohne dass die Ureinwohner davon erfuhren. Die Behörden dieser Staaten, die zumeist in den Vereinten Nationen feierlich die Rechte indigener Völker anerkannt haben, leugnen in der Praxis deren Besitzansprüche. Sie erklären die traditionell von indigenen Völkern genutzten Flächen für „herrenlos“ und „ungenutzt“, um sie an Investoren verpachten zu können.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat in diesem Report beispielhaft zwölf Fälle des Landraubs in Südostasien, Nordasien, Afrika und Mittel- sowie Südamerika dokumentiert. Vor allem der Palmöl-Boom bedroht indigene Völker weltweit. So wurden allein 2010 mehr als 280.000 Afro-Kolumbianer vertrieben, um in Kolumbien Platz für neue Ölpalm-Plantagen zu schaffen. Im mittelamerikanischen Guatemala liegt ein Großteil der Ölpalm-Plantagen auf dem Land von Maya-Indianern. Die Bewohner ganzer Dörfer werden von Polizisten und Söldnern mit Waffengewalt vertrieben, um neue Ölpalm- und Zuckerrohr-Plantagen einzurichten. In Argentinien wehren sich Ureinwohner mit juristischen Mitteln gegen die Vertreibung. Aber selbst Gerichtsurteile werden von Investoren und Behörden missachtet.

Prekär ist auch die Lage der 200.000 Hochland-Khmer (Khmer Loeu) in Kambodscha. Ihr Wanderfeldbau auf fruchtbaren Böden ist akut bedroht, denn Investoren drängen die Ureinwohner mit Unterstützung korrupter Behörden zum Verkauf ihres Landes. Noch brutaler gehen Investoren auf der im Süden der Philippinen gelegenen Insel Mindanao gegen Lumad-Ureinwohner vor. Ihr Land ist so interessant für die Anlage von neuen Ölpalm- und Obst-Plantagen, dass Unternehmen und Großgrundbesitzer nicht davor zurückschrecken, indigene Menschenrechtler einzuschüchtern und zu bedrohen. Indigene Völker in Malaysias Bundesstaaten Sarawak und Sabah auf der Insel Borneo leisten aktiv Widerstand gegen den Landraub. Mit Blockaden versperren Dayak-Ureinwohner in Sarawak Investoren den Zutritt zu ihrem Land. Auch gehen die Dayak vor Gericht gegen den Landraub vor. Mehr als 200 Landrechtsstreitigkeiten sind bei Gerichten Malaysias zurzeit anhängig. Auch unter den 150.000 Orang-Asli-Ureinwohnern auf dem Festland Malaysias gibt es immer mehr Widerstand gegen Pläne der Behörden, jedes Jahr weitere 100.000 Hektar Land für neue Ölpalm-Plantagen zu erschließen.

Nicht weniger dramatisch ist die Lage indigener Völker im angrenzenden Indonesien. Auch hier ist es der Palmöl-Boom, der den Landraub schürt. Allein in der Provinz Zentral Kalimantan haben 282 Plantagenbetreiber und 629 Bergbau-Unternehmen mindestens sieben Millionen Hektar Regenwald gerodet, der zuvor von Dayak-Ureinwohnern genutzt wurde. Indonesiens Behörden haben bis heute Lizenzen zum Anbau von Ölpalmen auf 26 Millionen Hektar Land erteilt. Rund 47 Organisationen von Dayak, Bauern, Fischern, Jugendlichen und Studenten haben sich in der „Indonesischen Bewegung für die Wiedererlangung der Rechte der Menschen“ zusammengeschlossen und verlangen ein Ende des Landraubs und eine umfassende Agrarreform. Auch die Papua-Ureinwohner im

indonesischen Westpapua leisten immer mehr Widerstand gegen den Landraub. Aufgrund anhaltender Landrechtsauseinandersetzungen musste die indonesische Regierung im Juli 2012 einlenken und ein umstrittenes Mega-Landwirtschaftsprojekt einschränken. Ursprünglich sollte das Projekt in der Region Merauke eine Million Hektar Agrarland umfassen, nun wurde es auf 200.000 Hektar reduziert.

In Burma beginnt erst der Boom, da sich das lange verschlossene Land nun erst für ausländische Investoren öffnet. Landrechtsauseinandersetzungen haben seit dem Ende der Militärdiktatur im April 2011 dramatisch zugenommen. So registrierte die Nationale Menschenrechtskommission seither 1.700 Beschwerden zu Landrechtsverletzungen.

Auch in Sibirien in der Russischen Föderation wird der Landraub in den nächsten Jahren massiv zunehmen. Denn Russland bemüht sich um Investoren aus China, Japan und Vietnam, um Mega-Landwirtschaftsprojekte in Regionen indigener Völker zu realisieren. Die Interessen der Ureinwohner werden dabei nicht berücksichtigt.

In Ostafrika sind mehrere hunderttausend Ureinwohner von den Folgen des Landraubs betroffen. In Äthiopien droht wegen des Landraubs mindestens 225.000 Ureinwohnern die Umsiedlung. Am schlimmsten trifft es die rund 60.000 Anuak, die ihre Dörfer im Südwesten des Landes verlassen müssen. Aber auch die indigenen Beja im benachbarten Osten des Sudan klagen über saudi-arabische Investoren, die im großen Stil in Landwirtschaftsprojekte im Sudan investieren. Mehr als fünf Millionen Hektar Land sind in dem 2011 unabhängig gewordenen Staat Südsudan an Investoren für Landwirtschaftsprojekte übertragen worden. Die Pojulu sind nur eine von vielen indigenen Gemeinschaften, die dort unter den Folgen des Landraubs leiden.

Landrechtsstreitigkeiten sind nicht neu für indigene Gemeinschaften. Seit Beginn der Kolonialzeit vor mehr als 500 Jahren müssen sie für die Anerkennung ihrer traditionellen Landrechte kämpfen. Doch der Landraub, den wir seit dem Jahr 2000 erleben, stellt alle Landrechtsauseinandersetzungen in den Schatten, die indigene Völker in den vergangenen 100 Jahren erlebt haben. Allein in Äthiopien und Indonesien verloren indigene Völker traditionell genutztes Land von der Größe der Beneluxstaaten. Diese dramatischen Verluste von Weide- und Ackerland sind für die Ureinwohner nicht auszugleichen.

Landverlust bedeutet für indigene Gemeinschaften auch mehr als die Zerstörung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage. Denn für Ureinwohner ist das Land ihrer Vorfahren nicht veräußerbar. Es bildet die Grundlage ihrer Kultur und Gesellschaft sowie ihres Glaubens. Der Verlust hat für diese Völker daher weitaus dramatischere Folgen als der Verkauf von Land innerhalb Europas. Landraub führt bei indigenen Gemeinschaften zur Zerstörung ihrer Identität. Für die meisten dieser Völker stellt sich daher nun die Überlebensfrage. Entweder müssen sie sich der Mehrheitsgesellschaft anpassen und ihre traditionelle Form der Bewirtschaftung ihres Landes aufgeben oder Auseinandersetzungen um fruchtbares Weide- und Ackerland werden in noch stärkerem Maße zunehmen.

Der Klimawandel hat in den vergangenen Jahren schon zu einer starken Zunahme solcher Auseinandersetzungen zwischen Nomaden und Bauern in den von Dürre gefährdeten Regionen Ostafrikas geführt. In Südostasien verschärfen sich Konflikte zwischen Ureinwohnern und Neusiedlern, die als billige Arbeitskräfte auf den neuen Großfarmen arbeiten sollen. Weltweit droht eine Zunahme von bewaffneten Konflikten, da indigene Völker in vielen autoritär regierten Staaten keine andere Möglichkeit sehen, die Zerstörung

ihrer Existenz zu verhindern. Indigene Völker fordern daher weltweit einen sofortigen Stopp des Landraubs und der Investitionen in landwirtschaftliche Großprojekte, die mit der lokal betroffenen Bevölkerung nicht vorab abgestimmt wurden. Zu gleichberechtigten Verhandlungen mit den Indigenen verpflichtet die UN- Erklärung zu den Rechten indigener Völker von 2007. (ud)

## **2. Indonesien: Alarmierender Anstieg von Landraub bedrängt Ureinwohner**

Indonesiens 40 Millionen Ureinwohner leiden massiv unter den Folgen des Landraubs. Denn Indonesiens Regierung will in den nächsten Jahren bis zu 3,5 Millionen Hektar Land für neue Landwirtschaftsprojekte zur Verfügung stellen. Bis zum Jahr 2020 sollen sogar auf sieben Millionen Hektar Land neue Ölpalm-Plantagen entstehen und auf neun Millionen Hektar Land sollen bis zum Jahr 2016 neue Plantagen für den Holzanbau angelegt werden. Auch will der südostasiatische Staat der größte Biosprit-Produzent der Welt werden und dazu auf weiteren 1,5 Millionen Hektar Land Jatropha-Energiepflanzen anbauen. Als einer der zwei bedeutendsten Palmöl-Produzenten der Welt haben Indonesiens Behörden schon heute Lizenzen zum Anbau von Ölpalmen auf 26 Millionen Hektar Land erteilt. Oftmals wird das Land aber überhaupt nicht für die Zwecke genutzt, für die offiziell die Genehmigung erteilt worden war.

Der Flächenbedarf der expandierenden Landwirtschafts- und Holzindustrie wächst stetig. Doch viele Regionen sind dicht besiedelt, so dass der Druck der Investoren und Behörden auf indigene Gemeinschaften in abgelegenen Regionen immer mehr zunimmt. Allein im Jahr 2011 wurden nach Angaben des nicht-staatlichen „Konsortiums für Agrarreform“ 472.000 Hektar Land enteignet. Rund 70.000 Familien waren von diesen Enteignungen unmittelbar betroffen. Die staatliche Nationale Land Agentur registrierte sogar 2.791 Landrechtsauseinandersetzungen im Jahr 2011. Die unabhängige Nationale Menschenrechtskommission verzeichnete im gleichen Zeitraum 738 Landrechtskonflikte, die zu mehr als 4.500 offiziellen Beschwerden führten. Viele der Beschwerden bleiben jedoch ohne Ergebnis, da die Behörden weder den politischen Willen haben, den Landraub zu stoppen, noch tatsächlich über die Mittel verfügen, um die illegale Landnahme zu verhindern. Bei den Konflikten sollen 22 Menschen zu Tode gekommen sein, im Vorjahr waren drei Todesfälle verzeichnet worden. Die angesehene indonesische Umweltschutzorganisation Walhi registrierte 103 Fälle von Landraub im Jahr 2011, bei denen zwölf Menschen zu Tode gekommen und mehr als 120 verletzt worden seien.

So unterschiedlich diese Zahlen sind, so belegen sie einen alarmierenden Trend zu immer mehr Landraub, der immer rücksichtsloser betrieben wird. In Kalimantan, dem indonesischen Teil der Insel Borneo, haben Landraub und Kahlschlag der tropischen Wälder so katastrophale Ausmaße angenommen, dass sich die indigenen Dayak-Völker akut in ihrem Überleben bedroht fühlen. „Unser traditioneller Lebensstil droht immer mehr zu verschwinden“, klagt Berkat, der Dorfchef des Dayak-Ortes Katunjung in Zentral-Kalimantan. Vor allem Ölpalm-Plantagen und neue Bergbauprojekte führen dazu, dass die Bewohner seines Dorfes immer mehr Land ihrer Vorfahren verlieren. Allein in der Provinz Zentral Kalimantan haben 282 Plantagenbetreiber und 629 Bergbau-Unternehmen mindestens sieben Millionen Hektar Regenwald gerodet. Für viele dieser Rodungen gab es keine offiziellen Genehmigungen. Die durch illegale Rodungen in ganz Kalimantan im Jahr 2011 verursachten Schäden werden von indonesischen Umweltschützern auf 34 Milliarden US-Dollars geschätzt. „Es ist wie wenn ein Fremder in dein Schlafzimmer geht und alles Mögliche mit deiner Frau macht, während du anwesend bist“, sagt Tanduk, der Vorsteher des indigenen Dorfes Pulau Kaladan in Zentral-Kalimantan. „Wenn es keinen Respekt für unsere

Traditionen beim Schutz der Wälder gibt, wie sollen wir dann unseren Lebensstil weiter fortführen können?“

Bis in die Hauptstadt Jakarta sind zehn Vertreter der Dayak gereist, um dort ihre Forderung nach einer Rückgabe ihres geraubten Landes vorzutragen. Auch Bauernverbände unterstützen die Forderungen der indigenen Völker. Rund 47 Organisationen von Bauern, Fischern, indigenen Völkern, Jugendlichen und Studenten haben sich in der „Indonesischen Bewegung für die Wiedererlangung der Rechte der Menschen“ zusammengeschlossen. Sie verlangen ein Ende des Landraubs und eine umfassende Agrarreform. Doch die Probleme der Dayak werden in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen. Denn der Vertreter Indonesiens im Internationalen Reis Forschungsinstitut, Zulkifli Zaini, fordert die Erschließung von neuen Reis-Plantagen in Kalimantan, da die geplante Ausdehnung der Reis-Anbauflächen in Westpapua wegen Landrechtsstreitigkeiten reduziert werden musste.

Ursprünglich sollte in der Region von Merauke im südlichen Papua (dem indonesischen Westen der Insel Neuguinea) nach dem Willen der indonesischen Regierung auf 1,2 Millionen Hektar Land ein gigantisches Landwirtschaftsprojekt entstehen. Das „Merauke Integrated Food and Energy Estate (MIFEE)“ genannte Mega-Projekt sollte in mehreren Stufen verwirklicht werden. Zwischen den Jahren 2011 und 2014 sollen die ersten Entwicklungsstufen realisiert werden mit der Erschließung von 228.000 Hektar Land. Ab dem Jahr 2015 sollten bis zum Jahr 2030 in zwei weiteren Entwicklungsstufen andere Landwirtschaftsbetriebe in der Region angesiedelt werden. Einige der beteiligten indonesischen Firmen sind eng mit führenden Politikern des Landes verbunden.

Schätzungen zufolge werden für das Projekt rund 4,8 Millionen neue Arbeiter benötigt. Doch in der Region Merauke leben bislang nur 223.000 Menschen, die Hälfte davon sind Papua-Ureinwohner. Somit ist das MIFEE-Projekt darauf angewiesen, dass hunderttausende neue Landarbeiter in der Merauke-Region angesiedelt werden. Die Papua verfolgen dies mit großer Sorge, da sie fürchten, zur Minderheit im eigenen Land zu werden. Waren noch 1971 rund 96 Prozent der Bewohner Papuas Ureinwohner, so sind im Jahr 2011 bereits 53 Prozent Migranten aus anderen Landesteilen. Systematisch fördert Indonesiens Regierung trotz der Kritik der Papua die Ansiedlung von indonesischen Migranten auf der Inselhälfte. Zehntausende Siedler kamen von dichter bevölkerten Inseln Indonesiens im Rahmen des staatlich betriebenen Transmigrationsprogrammes nach Westpapua. Heute kommen auch viele Migranten aus eigenem Antrieb. Indonesien will mit ihrer Ansiedlung auch die Bevölkerungsstruktur verändern, um die Forderungen vieler Ureinwohner nach einem unabhängigen Papua-Staat wirksam einzudämmen. So verwundert es nicht, dass die Integration vieler Migranten sehr schwierig ist, da die indigene Bevölkerung Westpapas die Zuwanderer meist nicht als Chance begreift, sondern als Gefahr für den Fortbestand ihrer Rechte und ihres Lebensstils.

Papua-Ureinwohner fürchten, dass das MIFEE-Projekt den Landraub und die Marginalisierung der indigenen Bevölkerung noch weiter schüren wird. Sie klagen darüber, dass die versprochenen Entschädigungszahlungen für den Verlust ihres Landes nur unzureichend seien und dass der Landverlust auch nicht finanziell auszugleichen sei. Auch seien viele Versprechungen der Betreiber des Projekts, die Arbeitsplätze und Investitionen in die unzureichende Infrastruktur in Aussicht gestellt hatten, bislang auch noch nicht umgesetzt worden.

Aufgrund anhaltender Landrechtsauseinandersetzungen wird das MIFEE-Projekt wahrscheinlich nicht im ursprünglich geplanten Umfang verwirklicht werden. So wurde die für Nahrungsmittelanbau vorgesehene Fläche von zunächst einer Million Hektar auf 200.000 Hektar reduziert, erklärte der Leiter der Abteilung Forschung und Entwicklung im Landwirtschaftsministerium Indonesiens, Haryono, im Juli 2012. Diese noch immer gigantisch große Anbaufläche soll bis 2015 erschlossen werden. Der Vertreter des Ministeriums machte für die Reduzierung des Projektes auch die angespannte Sicherheitslage in Westpapua verantwortlich, wo es zu Auseinandersetzungen zwischen indigenen Papua und Sicherheitskräften kommt. (ud)

### **3. Malaysia: Widerstand gegen Ausverkauf des Landes wächst**

Landraub ist eine der größten Gefahren für das Überleben der indigenen Völker Malaysias. Die Ureinwohner stellen rund zwölf Prozent der 29 Millionen Einwohner Malaysias. Vor allem in den Bundesstaaten Sarawak und Sabah auf der Insel Borneo hat die massive Zunahme von Ölpalm-Plantagen zu mehr Landraub geführt.

Früher galten Sarawak und Sabah mit ihren gigantischen Regenwäldern als die grüne Lunge Südostasiens. In den Jahrhunderte alten Wäldern lebten Ureinwohner als Nomaden und Halbnomaden. Als in den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts in Sarawak der große Kahlschlag begann, lehnten sich die Penan-Ureinwohner auf. Bilder ihrer Straßensperren, mit denen sie die Bulldozer nationaler und internationaler Holzfirmen aufhalten wollten, gingen um die Welt. Zahllose Penan wurden wegen ihres Eintretens für ihre Bürgerrechte festgenommen und kriminalisiert. Nur selten gelang es den Ureinwohnern, sich vor Gericht gegen die Holzfirmen durchzusetzen, die in einem engen Netzwerk mit vielen korrupten Politikern Sarawaks verwoben sind.

Besonders scharf kritisieren die Ureinwohner den Chefminister des Bundesstaates Sarawak, Taib Mahmud, der mit seiner weit verzweigten Familie einen Großteil der Wirtschaft des Bundesstaates kontrolliert. Seine Familie hat große wirtschaftliche Interessen sowohl in der industriellen Landwirtschaft als auch in der Holzwirtschaft. So konnte Taibs Bruder Onn Mahmud im März 2011 in Sarawak 12.000 Hektar Land deutlich unter Marktwert kaufen. Zwar protestieren die Ureinwohner öffentlich gegen die korrupte politische Führung des Bundesstaates, gegen die schon sogar im Ausland strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet wurden. Doch sein enges Netz von Beziehungen zu einflussreichen Kreisen in Malaysia half Taib bislang, allen Rücktrittsforderungen zu trotzen.

Heute sind die meisten Wälder Sarawaks gerodet und die vormals als Halbnomaden lebenden Penan sind ansässig geworden. Doch der Widerstand der indigenen Völker Borneos gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage und gegen Landraub hält weiter an. Drei Millionen der 18 Millionen Bewohner Borneos sind Ureinwohner. Ahmad bin Awang Ali von der „Indigenen Bauern-Bewegung Borneos“ macht den Landraub dafür verantwortlich, dass immer mehr Iban, Bidayuh und andere indigene Gemeinschaften vom Volk der Dayak heute ihre Wälder oder ihr Ackerland verlieren. Regelmäßig wird das Land von den Behörden an nationale und multinationale Investoren verpachtet oder verkauft, ohne dass die lokalen Gemeinschaften, die seit Generationen auf dem Land ansässig sind, befragt oder in

angemessener Weise in diesen Prozess mit einbezogen werden. Auch profitieren die indigenen Völker nicht von diesen Agrarinvestitionen. Denn nur wenige Ureinwohner werden von den Betreibern der Ölpalm-Plantagen eingestellt und oft nur sehr schlecht bezahlt. Als Arbeiter engagiert werden vor allem Migranten aus Indonesien, den Philippinen und Bangladesch, die die katastrophalen Arbeitsbedingungen widerstandslos hinnehmen.

In den Gerichten Malaysias sind zurzeit mehr als zweihundert Landrechtsstreitigkeiten anhängig. Viele indigene Gemeinschaften im Bundesstaat Sarawak, wie die Iban, Kayan, Kelabit, Murut und Kenyah haben ihr Land seit Generationen bewirtschaftet, so dass sie gemäß dem Gewohnheitsrecht in Malaysia automatisch Ansprüche auf ihr Land haben. Die Ureinwohner verfügen jedoch meist nicht über Eigentumsurkunden oder andere schriftliche Dokumente, die ihr gewohnheitsrechtliches Eigentum belegen. Hinzu kommt, dass zwar rund 20 Prozent des Staatslandes in Sarawak als gewohnheitsrechtliches Land indigener Völker gelten, aber nur zwei Prozent dieses Landes tatsächlich vermessen und im Grundbuch ordnungsgemäß eingetragen sind. Viele Investoren nutzen die Gutgläubigkeit und mangelnde Rechtsschreibkenntnisse indigener Verhandlungspartner, um die Ureinwohner zur Unterzeichnung von für sie unvorteilhaften Verträgen zu drängen. Auch die Behörden ignorieren meist die Rechtsansprüche der indigenen Gemeinschaften, wenn sie Land verpachten oder neue Konzessionen vergeben. Oft nehmen die Ureinwohner erst wahr, zu was sie sich rechtsverbindlich mit ihrer Unterschrift verpflichtet haben, wenn die Bulldozer der neuen Landnutzer anrücken.

Die Menschenrechtskommission Malaysias (SUHAKAM) hat im Februar / März 2012 eine zweiwöchige Anhörung organisiert, um sich einen Überblick über die Landrechtsauseinandersetzungen indigener Völker zu verschaffen und um die Betroffenen zu Wort kommen zu lassen. Vertreter indigener Völker bezeugten in dem öffentlichen Hearing, dass malaysische Behörden noch immer mit in- und ausländischen Investoren Pachtverträge über Land indigener Völker abschließen, obwohl dieses Land zweifelsfrei seit Generationen von Ureinwohner-Gemeinschaften genutzt wird.

„Rettet unser Langhaus“ – unter diesem Motto protestierten hunderte Iban aus dem Dorf Ulu Niah in Sarawak gegen die drohende Zerstörung ihres Dorfes für neue Ölpalm-Plantagen. Schon 40 Jahre leben sie in diesem traditionellen Langhaus, nun sollen sie es plötzlich fast über Nacht räumen. Innerhalb von 14 Tagen sollen die Ureinwohner ihre Häuser aufgeben, ordnet eine Räumungsverfügung der Behörden an. Die Iban sind nicht bereit, kampfflos ihr Dorf den Investoren zu überlassen. Denn sie wissen, dass sie immer weniger Spielraum haben, in andere abgelegene Regionen auszuweichen. Auch dort nimmt der Druck der Investoren zu, die auf der Suche nach neuen Anbauflächen sind.

Aber nicht nur in Sarawak regt sich Widerstand gegen den Ausverkauf indigenen Landes. Auch in dem auf der Insel Borneo angrenzenden malaysischen Bundesstaat Sabah protestierten Anfang Juli 2012 mehr als 300 Ureinwohner vom Volk der Dusunic öffentlich gegen den drohenden Verlust ihres Landes. „Ich bin von meinem Land gejagt worden, das wir Ureinwohner seit Generationen bewirtschaftet haben“, erklärte bei der Demonstration Jaipin Mohigal, ein ehemaliger Dorfchef. „Sie haben mein Haus niedergebrannt, aber ich werde nicht nachgeben. Ich will hier sterben und ich habe keine Angst im Kampf für meine Rechte zu sterben. Auch können sie mich verhaften, wenn sie wollen“, ruft der frühere Polizist aufgebracht. Der Pastor Marunsai Dawai forderte die Demonstranten dazu auf, im

Interesse zukünftiger Generationen die Einrichtung von noch mehr Ölpalm-Plantagen zu verhindern.

Auch auf dem malaysischen Festland regt sich Kritik am zunehmenden Landraub. Denn auch die rund 150.000 Orang Asli-Ureinwohner auf dem malaysischen Festland leiden unter dem Ausbau von Ölpalm-Plantagen. Malaysia ist neben Indonesien der bedeutendste Palmöl-Produzent der Welt. Auf rund 4,6 Millionen Hektar Land werden heute in Malaysia Ölpalmen bewirtschaftet. Jedes Jahr kommen bis zu 100.000 Hektar Land weiter hinzu. Seit Januar 2012 haben mehrfach Orang Asli aus 26 Dörfern gemeinsam gegen die drohende Zerstörung ihrer Lebensgrundlage protestiert. Nach dem Willen der Behörden sollen sie ihr Land und ihre Häuser aufgeben, um Rodungen und den Aufbau neuer Plantagen zu ermöglichen. Mehrfach errichteten die Demonstranten Straßensperren, die von der Polizei niedergebrannt wurden. Dreizehn Ureinwohner wurden bei den Protesten festgenommen. Die Orang Asli fordern einen sofortigen Stopp der Rodungen, eine Rücknahme der Genehmigungen von neuen Plantagen sowie eine Anerkennung der Landrechte der indigenen Völker. (ud)

#### 4. Philippinen: Fast 4,5 Millionen Ureinwohner von Landraub betroffen

Marina Cabrera ist 56 Jahre alt und eine indigene Bäuerin aus Surigao del Sur, Mindanao, die für ihr Recht auf Land und Nahrung kämpft. Heute ist ihr zwei Hektar großes Reisfeld von großen Bananenplantagen des Unternehmens Dole Sanfilco umgeben. Sie lebt in steter Angst und Unsicherheit. Regelmäßig wird sie von Plantagen und lokalen Regierungsbeamten belästigt und bedrängt, damit sie ihr Land aufgibt. Sie fürchtet, dass sie bald vom Militär vertrieben und ihr ihre Lebensgrundlage genommen wird. Marinas bedrückende Geschichte ist kein isolierter Einzelfall, sondern eine Geschichte, die sich unter der armen und marginalisierten indigenen Bevölkerung des globalen Südens immer wiederholt.



Mindanao heißen die südlichen Inseln der Philippinen. Dort spielt sich ein für viele asiatisches Länder typisches Szenario von Landraub wider. Denn dort stehen die nationalen ökonomischen Interessen im dauerhaften Konflikt mit den friedlichen Subsistenzwirtschaften ihrer Minderheiten. Mindanao umfasst ca. ein Drittel der Fläche Deutschlands. Dort gibt es rund 18 indigene Gemeinschaften mit rund 13 Millionen Angehörigen. Sie werden zusammenfassend als Lumad bezeichnet. Rund ein Drittel von ihnen sind von Landraub betroffen. Die indigenen Völker haben keine Möglichkeit, ihr Recht auf das Land geltend zu machen, in dem sie seit Jahrhunderten leben. Verarmt und ohne starke Stimme mussten sie ihr Territorium aufgeben, das oft von den philippinischen Eliten und großen Konzernen in Beschlag genommen wurde. Der Großteil der indigenen Bevölkerung arbeitet heute für eben diese Eliten als landlose Arbeiter auf ihrem vormals eigenen Land.

Mit dem im Oktober 1997 verabschiedeten „Indigenous Peoples Rights Act (IPRA)“ (Gesetz über die Rechte indigener Völker) sollte das historische Unrecht, das den Indigenen widerfahren ist, wiedergutmacht werden. Im Rahmen des Gesetzes wurden bestimmte Rechte der indigenen Bevölkerung und ihrer Gemeinschaften anerkannt und gefördert und in die philippinische Verfassung aufgenommen. Seitdem hat das Gesetz viele Menschen, Klans und Gemeinschaften in die Lage versetzt, ihren Anspruch auf das von ihnen seit langer Zeit bewohnte Land vor Gericht geltend zu machen.

Das Gesetz zielte darauf ab, die soziale und ökonomische Lage der indigenen Bevölkerung zu verbessern. Dabei wurden jedoch viele finanzielle, soziale und ökonomische Aspekte nicht berücksichtigt, die die Landverteilung beeinflussen. Die Situation wird durch steigende Nahrungsmittelknappheit verschlimmert, die die Regierungen von Entwicklungsländern unter enormen Druck setzt, ihre Volkswirtschaften für Auslandsinvestitionen zu öffnen. Die exportgetriebenen Investitionen bedrohen die Nahrungsmittelversorgung der lokalen Bevölkerung und damit auch die Landreformen und das IPRA-Gesetz.

Obwohl Mindanao eine sehr ressourcenreiche, biodiverse Region mit tropischem Klima ist, ist sie ironischerweise weiterhin eine der ärmsten Regionen der Philippinen. Gut 50 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Doch nicht nur das: Auf dieser malerischen Insel werden seit Jahrzehnten Konflikte ausgetragen, die zu Armut, Unsicherheit und einem Mangel an Investitionen in die Infrastruktur geführt haben. Seit Jahren ermutigt die philippinische Regierung ausländische Investoren, in Bergbau, Agrowirtschaft und andere wirtschaftliche Bereiche zu investieren. Daher ist Mindanao ein Hafen für die Agrowirtschaft mit hohen Investitionen von multinationalen Konzernen wie Del Monte und Dole Food Company. Nach dem Ökonomischen Entwicklungsrat von Mindanao (2004) ist Mindanao der größte Produzent von Gummi (100% des ganzen Landes), Ananas (91%) und Kakao (90%) sowie Bananen, Mais, Kaffee und Kokosnüssen (50%). Die primäre Quelle für den Lebensunterhalt in Mindanao ist die Landwirtschaft, mehr als ein Drittel arbeitet in diesem Bereich. Aufgrund des Klimas, der geographischen Lage und der Nähe zu den Exportmärkten wurden tausende Hektar Land an die Bananen-, Ananas-, Reis- und Gummiplantagenwirtschaft verpachtet. Das Land gehörte oft indigenen Völkern. Einem vor kurzem erschienenen Report von GRAIN zufolge investiert die in Bahrain ansässige Hassan Gruppe rund 250 Millionen US-Dollar über ein Joint Venture mit der philippinischen AMA Gruppe in den Anbau von Bananen, Reis und mehr auf über 10.000 Hektar Land, hauptsächlich in Mindanao. Die Regierung von Brunei möchte ebenfalls in ähnlichen Größen Reis dort anbauen.

Ein entscheidender Aspekt, den man beachten muss, ist die Art und Weise, auf die die großen Flächen Farmland von ausländischen Investoren erworben werden. Normalerweise verdienen sich die indigenen Dörfer individualistisch oder kollektivistisch ihren Lebensunterhalt in der traditionellen Landwirtschaft, wenn sie Land besitzen. Die Ländereien werden dann über Langzeitverpachtungen von transnationalen Konzernen erworben, oft über einen „Mittelsmann“ oder „Sammler“. Diese von der Regierung abgesegneten Projekte der Großkonzerne benötigen meist gigantische Flächen, oft von der Größe mehrerer Dörfer. Das Land wird dann normalerweise gewaltsam in Beschlag genommen, ohne die Anwohner und Besitzer auch nur anzusprechen. Widerstand gegen diese Projekte, egal ob von Individuen oder der ganzen Dorfgemeinschaft, wird mit einer Kaskade von Menschenrechtsverletzungen beantwortet, die von Bedrohung und Einschüchterung bis hin

zur Vertreibung mit Hilfe des Militärs und lokalen Behörden reichen. Einer der Hauptgründe für den Widerstand sind die angebotenen Ausgleichszahlungen, die, angesichts der steigenden Preise, den Lebensunterhalt nicht sichern können. Außerdem fürchten die Betroffenen, ihr Land zu verlieren, da die Langzeitverträge der Verpachtung oft unter dubiosen Umständen und ohne Konsultation der Indigenen einfach verlängert werden. Bei Marina Cabrera handelt es sich um so einen Fall.

In der letzten Zeit gibt es den Trend in der Agrowirtschaft, beispielsweise „Bio Sprit“ und anderen auf Nahrungsmittelinvestitionen von „entwickelten Ländern“, die nur den Exportmärkten der Philippinen helfen. Populäre Agrotreibstoffprodukte sind Jatropha, Ölpalmen, Kassava und Zucker. Aktuell werden auf den Philippinen 25.856 Hektar für den Ölpalmenanbau genutzt, ca. 95 Prozent davon befinden sich in Mindanao. Da die Produktion, insbesondere die der Ölpalme, aus Sicht der

Investoren eine sehr vielversprechende Investition darstellt, steigt der Druck der Lobby immer weiter an und es wird versucht, die Investitionen und die Möglichkeit für Investitionen von und für internationale und nationale Interessenten zu steigern.



"Mein Name ist Consolacion Payla, ich bin ein 67 Jahre alter Higaonon und ich bin ein Eindringling in meinem eigenen Land."

Quelle: Pesticide Action Network Asia and the Pacific (PAN-AP)

Die amerikanische Agrowirtschaftsfirma „A. Brown Company“ hat 2011 ihre Pläne vorgestellt, durch ihre Tochtergesellschaft „Nakeen Corporation“ verstärkt in Ölpalmenplantagen im Norden Mindanaos zu investieren. Sie schlagen vor, eine Fläche von rund 20.000 Hektar Land in Misamis Oriental zu bewirtschaften. Auf dieser Fläche stehen viele Dörfer indigener Einwohner. In der ersten Phase des Projektes wurden 520 Hektar in Opol (Misamis Oriental) in Beschlag genommen, mit schweren Nachteilen für Anbau und Lebensunterhalt der indigenen Bauern, die ihr Land gleich neben der Plantage bebauen. Die Ausweitung der Plantage droht hunderte von Familien der indigenen Gemeinschaft der Higaonon zu vertreiben.



Im Rahmen der Ausweitung des Projektes häufen sich die Berichte von Menschenrechtsverletzungen, insbesondere in Tingalan und Bagocboc, zwei von der Ausweitung betroffene Dörfer. In Bagocboc wurde das Haus einer Bäuerin niedergebrannt und ihre Kokosnussplantage durch eine Ölpalmlantage ersetzt, weil sie Widerstand

**(oben) Leoncito Mabao aus Tingalan** erzählt, wie er mit Waffen bedroht wurde, während A. Brown seine Plantage zerstört hat.

Quelle: Pesticide Action Network Asia and the Pacific (PAN-AP)

gegen das Projekt leistete. Ein anderer Bauer aus Tingalan, Leoncito Mabao, wurde mit vorgehaltener Waffe bedroht

und festgehalten, während Wachen des A. Brown Konzerns seine sechs Hektar große Plantage zerstörten. Consolacion Payla, 65 Jahre, wurde ein Fremder auf seinem eigenen Land. Sein Boden wird nun für die Ausweitung des Projektes von A. Brown benutzt, natürlich ohne seine Zustimmung. Ein Teil seiner Kassavapflanzung wurde zerstört, um Platz für eine zu der Plantage führende Straße zu machen. Gut 70 Prozent der Lumads leben in Armut und es

gibt für die Zukunft wenig Hoffnung, eher sieht es nach einem marginalisierten Leben auf dem eigenen Land in weiterer Armut aus. (as/tl)

## 5. Kambodscha: Regierung umgeht Gesetze für eigenen Profit

Premierminister Hun Sen hat die langfristige Verpachtung von Land für Landwirtschafts- und Bergbauprojekte an Privatinvestoren bereits im Jahr 2000 zur bevorzugten Entwicklungsstrategie erklärt. Staatseinkünfte sollen so erhöht, Arbeitsmöglichkeiten geschaffen, und die Infrastruktur besonders im ländlichen Raum verbessert werden. Ob dieses Konzept greift, ist fraglich. Außer Frage steht dagegen die Zunahme von Landkonflikten, seit die Vergabe von Landkonzessionen stark gestiegen ist. Erzwungene Umsiedlungen, gewaltsame Vertreibungen und Landraub zählen inzwischen zu den gravierendsten Menschenrechtsverletzungen in Kambodscha.

Der Vergabemodus für Konzessionen verläuft entgegen der Gesetzesgrundlage oftmals intransparent. Besonders die fehlenden Daten über Anzahl und genaue Lage der klassifizierten Gebiete werden von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bemängelt. ADHOC spricht in einem Bericht vom März 2012 von inzwischen 3,9 Millionen Hektar Land, das für Großplantagen oder Bergbauprojekte an Unternehmen vergeben wurde.<sup>1</sup> Mit 2,2 Millionen Hektar sind somit zwei Drittel des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens in privatwirtschaftlicher Hand.

Mehr als 70 Prozent der Kambodschaner leben als Kleinbauern ausschließlich von der landwirtschaftlichen Nutzung weniger Hektar Land. Zwar sieht die Gesetzeslage vor, ein Grundstück nach nachweislich fünfjähriger Bewirtschaftung als Eigentum eintragen lassen zu können, doch der Erwerb von Landtiteln verläuft schleppend. So fehlt den Menschen jeglicher Schutz, wenn es zu Überschneidungen ihrer Felder mit einem Konzessionsgebiet kommt. 654 Landkonflikte mit über 400.000 Betroffenen zählt die Menschenrechtsorganisation LICADHO seit 2003; allein 2011 waren mindestens 11.000 Familien von aktuellen Fällen betroffen.<sup>2</sup>

Obwohl Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudien mögliche Konfliktpunkte im Vorfeld klären und die Anwohner in alle Entscheidungsprozesse einbezogen werden sollen, erfahren diese häufig erst beim Eintreffen der Planiermaschinen, dass Ansprüche auf ihr Land erhoben werden. In den meisten Fällen werden die Menschen vertrieben. Gegen Proteste wird hart durchgegriffen. 2011 wurden rund 100 Personen verhaftet. 13 Frauen, die friedlich gegen die Zerstörung der Häuser von 4000 Familien am Boeung Kak-See in Phnom Penh demonstrierten, die dem Bau von Luxuswohnungen und Bürohäusern weichen mussten, wurden am 22. Mai 2012 in einem Schnellverfahren zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt; erst auf nationalen und internationalen Druck hin wurden ihre Haftstrafen ausgesetzt. Seit Anfang 2012 setzten Sicherheitskräfte wiederholt Schusswaffen ein, um Proteste aufzulösen. In der Provinz Kratie wurden am 18. Januar sechs Bauern durch Schüsse teilweise schwer verletzt, am 17. Mai wurde dort ein 14-jähriges Mädchen erschossen. Von Vertretern lokaler Behörden können die Vertriebenen oft keine Unterstützung erwarten, denn entweder

---

<sup>1</sup> vgl. [www.adhoc-cambodia.org](http://www.adhoc-cambodia.org)

<sup>2</sup> "Sold", The Cambodia Daily, 10-11 March 2012

erhalten sie Bestechungsgelder von den Unternehmen oder werden unter Druck gesetzt. Auch dem Justizsystem fehlt es an Unabhängigkeit, so dass nur wenige Fälle vor Gericht verhandelt werden.

Viele der Firmen, die Landkonzessionen erhalten, gehören Mitgliedern der Regierungspartei Cambodian People's Party oder ihren Familien. Andere Unternehmen haben ihren Sitz in Vietnam und China, wobei besonders der chinesische Einfluss durch zahlreiche Investitionen und Hilfsprojekte stark zugenommen hat. Aber auch die EU profitiert von dem System der Landkonzessionen: Unter dem „Everything but Arms“-Programm wird Zucker von Großplantagen aus der Provinz Koh Kong nach Europa exportiert, für die hunderte Kleinbauern 2007 von ihrem Land vertrieben wurden.

Besonders hart ist die indigene Bevölkerung Kambodschas von Landkonflikten betroffen. Denn die Mehrheit der insgesamt rund 200.000 als Khmer Loeu (Hochland-Khmer) bezeichneten Ureinwohner leben in entlegenen Regionen, wo fruchtbare Böden beste Bedingungen für Kautschuk-, Maniok- oder Obstplantagen bieten. In der Provinz Ratanakiri, in der rund 80 Prozent der indigenen Gemeinschaften leben, ist die Zahl der erteilten Konzessionen seit 2010 besonders stark gestiegen. Mehr als die Hälfte von ihnen verursacht Konflikte, so ADHOC. Denn die Ureinwohner leben vom Wanderfeldbau und sammeln zusätzlich in den Wäldern Harz, Früchte, Baumaterialien und Heilkräuter; sie nutzen somit ein relativ großes Gebiet, was die Gefahr von Überschneidungen mit Konzessionsgebieten erhöht. In Ratanakiri gibt es außerdem zahllose Fälle, in denen Unternehmer, häufig mit Hilfe Vertreter lokaler Behörden, den Khmer Loeu für geringe Beträge hochwertiges Land abkauften oder sie mit betrügerischen Mitteln unter Druck setzen, um sie zum Verkauf zu bewegen. Die Ureinwohner verlieren so ihre Existenzgrundlage.

Dabei bietet das kambodschanische Rechtssystem den indigenen Minderheiten die Möglichkeit, kollektive Landtitel über ihr traditionell genutztes Land zu erwerben. Doch geht dem ein langwieriger Registrierungsprozess voraus, der sich mehrere Jahre hinzieht und nur mit Hilfe und finanzieller Unterstützung nationaler NGOs zu leisten ist. Landkonzessionen werden dagegen schlimmstenfalls innerhalb weniger Tage bewilligt.

Auch durch die rasante Dezimierung der Regenwälder Kambodschas werden die Ureinwohner ihres Landes beraubt. In manchen Fällen werden Landwirtschaftskonzessionen lediglich erworben, um an begehrtes Tropenholz wie etwa Palisander heranzukommen, das für die Möbelproduktion nach Vietnam und China geschafft wird. Auch der illegale Holzeinschlag wird durch die Infrastruktur der Konzessionsgebiete begünstigt. Im April 2012 wurde der bekannte Umweltaktivist Chut Wutty bei Recherchen über illegalen Holzeinschlag in den Kardamom-Bergen von Sicherheitskräften getötet. In jüngster Zeit hat auch die Vergabe von Konzessionen in Naturschutzgebieten stark zugenommen, so etwa in den letzten großen Regenwäldern Kambodschas Prey Lang und Boeng Per.

Zwar ließ Premierminister Hun Sen 2001 den kommerziellen Holzeinschlag verbieten, aber die illegalen Aktivitäten haben zu einer Zerstörung von erschreckendem Ausmaß geführt. Waren vor 40 Jahren noch 70 Prozent des Landes mit Wäldern bedeckt, so sind es heute lediglich noch rund drei Prozent. Solange das autokratische Regime in Phnom Penh die Umsetzung der eigenen Gesetze umgeht, um sich selbst zu bereichern, wird die unkontrollierte wirtschaftliche Ausbeutung des Landes zu Lasten der Bevölkerung

weitergehen. Denn auch die erst im vergangenen Mai wiederholte Ankündigung des mächtigen Premiers, die Vergabe von Landkonzessionen auszusetzen, Konflikte zu überprüfen und vertriebenen Bauern neues Land zuzuweisen, wird zur Makulatur, wenn schon einen Monat später bekannt wird, dass er selbst seither mindestens sechs weitere Konzessionen über 50.000 Hektar bewilligte.<sup>3</sup> Es ist höchste Zeit, dass ausländische Geldgeber wie die USA und die EU den ungebremsten Landraub in Kambodscha nicht länger hinnehmen und den Druck auf die Regierung ernsthaft erhöhen. (jk)

## **6. Burma: Auch nach einer Demokratisierung wird Landraub zunehmen**

Das südostasiatische Land gilt als das neue Eldorado von Investoren. Nach der Aufhebung der meisten Wirtschaftssanktionen der internationalen Staatengemeinschaft im Frühjahr 2012 strömen nicht nur Vertreter von Energiekonzernen, Bergbau-Unternehmen und der verarbeitenden Industrie nach Burma, um dort den Zugang zu neuen Rohstoffen und Märkten zu sichern. Burma gilt auch unter Landschaftsexperten als mögliche „Goldgrube“. Aufgrund von staatlicher Misswirtschaft sind die meisten Bauern in Burma in den vergangenen Jahren massiv verarmt. Hinzu kommt, dass in den Gebieten der ethnischen Minderheiten langjährige bewaffnete Auseinandersetzungen die landwirtschaftliche Produktion stark beeinträchtigt haben. In vielen Regionen war aufgrund der katastrophalen Sicherheitslage keine dauerhafte Bewirtschaftung der Felder möglich. Wie groß das Interesse von Investoren nun ist, machte auch eine Ende Juni 2012 organisierte Konferenz für Investitionen in die Landwirtschaft deutlich. An der Tagung nahmen 200 ausländische und 96 burmesische Investoren teil.

Das Landwirtschaftsministerium Burmas erklärte im Jahr 2008, dass fast sechs Millionen Hektar bebaubares Land aus kulturellen Gründen bislang brach liegen und weitere 290.000 Hektar Land landwirtschaftlich nicht genutzt werden. Dem steht eine Fläche von 11,4 Millionen Hektar Land gegenüber, die für landwirtschaftlichen Anbau genutzt werden. Das kultivierbare Brachland liegt nach Angaben des Ministeriums vor allem in den Bundesstaaten der ethnischen Minderheiten. Insgesamt befinden sich mehr als drei Viertel des bebaubaren Landes in den Regionen der Nationalitäten. So entfallen auf den Bundesstaat Kachin 1,7 Millionen Hektar, auf den Chin-Staat 1,2 Millionen Hektar und auf die beiden Shan-Staaten 825.000 Hektar Land, das aus so genannten „kulturellen Gründen“ angeblich nicht genutzt wird. Keine anderen Bundesstaaten weisen so viel vermeintliches „Brachland“ auf, so dass absehbar ist, dass in diesen Nationalitäten-Regionen die meisten Investitionen in den Agrarsektor getätigt werden. Allerdings sehen die Nationalitäten das Land nicht als „herrenlose Flächen“ oder als „Brachland“ an, sondern konnten das Land entweder aufgrund der schwierigen Sicherheitslage nicht in größerem Maße bewirtschaften oder haben andere Konzeptionen der landwirtschaftlichen Nutzung von Flächen.

Burmas damalige Militärregierung hatte schon im Januar 1999 rund 500.000 Hektar so genanntes „Brachland aus kulturellen Gründen“ für 30 Jahre an Privatfirmen verpachtet. Davon lagen 400.000 Hektar im Delta des Irrawaddy-Flusses und weitere 97.000 Hektar Land

---

<sup>3</sup> „PM defends economic land concession signings“, The Phnom Penh Post, 27 June 2012

in der Region Magway in Zentral-Burma. Bis Mitte des Jahres 2010 hat Burmas Führung 708.000 Hektar Land an 216 Privatunternehmen vergeben, um die landwirtschaftliche Produktion zu verstärken.

Heute fordern die ethnischen Minderheiten lautstark ihr Recht ein, an allen Entscheidungen über die Entwicklung ihres Landes angemessen beteiligt zu werden. Bislang ist es gängige Praxis in Burma, dass die Regierung ohne Beteiligung der Betroffenen über neue Investitionsvorhaben entscheidet. So schüren große Entwicklungsvorhaben, wie zum Beispiel der Bau von Staudämmen und Pipelines, regelmäßig Konflikte in den Gebieten der indigenen Völker. Das jüngste Beispiel ist der Myitsone-Staudamm im Bundesstaat Kachin, der die anhaltenden schweren militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Kachin-Unabhängigkeitsbewegung und der burmesischen Armee befeuert.

Neuer Streit zwischen den ethnischen Minderheiten und der Regierung Burmas ist somit vorprogrammiert. Burmas Führung ist jedoch fest dazu entschlossen, ausländische Investoren für den Ausbau und die Modernisierung der Landwirtschaft zu interessieren. So wurden 2012 bereits Exportsteuern auf sieben landwirtschaftliche Güter aufgehoben. Jetzt können Reis, Bohnen, Getreide, Sesam und Gummi zunächst sechs Monate lang steuerfrei ausgeführt werden. Im Juni 2012 wurde außerdem die Einfuhrsteuer für Pestizide, Düngemittel und für landwirtschaftliche Geräte für neun Monate ausgesetzt. Es ist nicht bekannt, ob diese Steuererleichterungen auch langfristig gelten sollen.

Der jüngste Streit um Landraub brach im Juli 2012 im Bundesstaat Kachin aus. Zwei Geschäftsleute hatten sich Land von Bauern aus dem Ort Bwi Daw angeeignet und ließen nun mit Traktoren die Felder der Dorfbewohner zerstören, um dort zukünftig Bohnen im industriellen Maßstab anzubauen. Die in der Region lebenden indigenen Kachin zeigten sich empört und verlangen den sofortigen Stopp der Zerstörung. Der Streit um den Landraub in Kachin ist nur einer von mehr als 1700 Landrechtsauseinandersetzungen, mit denen sich die von den Behörden Burmas neu gegründete Menschenrechtskommission nun beschäftigen muss. Die Kommission wurde in den vergangenen Monaten regelrecht überschüttet mit Beschwerden aus allen Regionen Burmas. Angesichts der zunehmenden Landrechtsstreitigkeiten richtete das Parlament Burmas im Juli 2012 einen Ausschuss ein, der Fragen des Landraubs untersuchen soll.

Besonders aus dem benachbarten Thailand wird Interesse an Investitionen in der Landwirtschaft Burmas gezeigt. So will das Unternehmen Charoen Pokphand, einer der größten Agrar-Konzerne Thailands, in den kommenden drei Jahren 550 Millionen US-Dollars investieren. Der Zucker-Konzern Mittr Phol Sugar erwägt den großflächigen Anbau von Zuckerrohr in Burma. Auch sucht Burmas Landwirtschaftsministerium in Thailand nach Hilfe bei der Steigerung der Reis-Produktion. Denn Burma möchte sich als Reis-Exporteur weltweit einen Namen machen. Der stellvertretende thailändische Ministerpräsident General Yuthasak Sasiprapa betonte bei einem Besuch im Nachbarland im Juli 2012 das Interesse Thailands, große Landflächen für agro-industrielle Projekte zu pachten.

Dabei haben Burmas indigene Völker in den vergangenen Jahren schon katastrophale Erfahrungen mit staatlich verordneten Landwirtschaftsprojekten gemacht. So entschied die damalige Militärregierung im Jahr 2005, den Anbau von Jatropha-Energiepflanzen massiv zu verstärken, um die Energieproduktion zu erhöhen und um mehr Biodiesel zu produzieren.

Jede Region sollte mindestens auf 200.000 Hektar Jatropha anbauen, um täglich 40.000 Barrel Biodiesel produzieren zu können, wurde angeordnet. Mindestens 800 indigene Angehörige des Shan-Volkes flohen vor der gewaltsamen Durchsetzung des Jatropha-Programms in das Nachbarland Thailand.

„Wir haben in unserem Dorf zum ersten Mal im Mai 2006 von dem Befehl der Behörden gehört, dass wir alle Jatropha anbauen müssen“, erklärte die 34 Jahre alte Nang. Sie floh im April 2008 aus dem Ort Murng Keng, nachdem sie gezwungen worden war, Energiepflanzen anzubauen. „Unser Dorfvorsteher rief uns zusammen und berichtete uns von der Anordnung der Militärregierung“, erinnert sich die Shan. „Nur ein Tag wurde uns Zeit gegeben. Dann mussten wir uns um 8 Uhr morgens auf den Feldern treffen und jede Familie musste 40-50 Jatropha-Pflanzen säen. Keiner wagte es, sich zu widersetzen.“ Die Bauern bekamen keine Setzlinge oder Samen von den Behörden zur Verfügung gestellt, sondern mussten sie sich selber auf eigene Kosten aus anderen Dörfern beschaffen. „In unserem Dorf sollte der Anbau der Energiepflanzen für jeden gut sichtbar entlang der Hauptstraße erfolgen“, berichtet Nang. „Wer sein Feld dort hatte, hatte Pech gehabt und musste den Anbau anderer Pflanzen aufgeben. Der ungewöhnliche Anbautermin der Militärs während der Trockenzeit führte dazu, dass viele Pflanzen eingingen. Der lokale Militärkommandeur inspizierte auch die Felder und ordnete an, dass eingegangene Pflanzen von den Bauern durch neue Setzlinge zu ersetzen seien. Auch mussten wir Zwangsabgaben an die Armee entrichten und Zwangsarbeit für die Soldaten leisten, so dass wir es einfach nicht schafften, von den Erträgen unserer Felder zu leben. Daher sind wir nach Thailand geflohen.“ Die Schilderungen der jungen Shan-Frau werden von anderen Flüchtlingen bestätigt. Die bedingungslose Förderung des Jatropha-Anbaus hat traumatische Erinnerungen bei vielen Shan hinterlassen. Umso überraschender war die abrupte Kehrtwendung, die Burmas damalige Militärregierung im Juni 2010 vollzog. Unerwartet stoppte sie den Ausbau der Jatropha-Felder im Südlichen Shan-Staat und ordnete an, alle Jatropha-Pflanzen sollten durch Tee-Pflanzen oder durch Teak-Holzplantagen ersetzt werden. Heute setzt Burma erneut auf den Ausbau von Energiepflanzen. Viele indigene Bauern sind verärgert über diese stetigen abrupten Richtungswechsel in der Landwirtschaftspolitik.

Auch das neue im März 2012 verabschiedete Ackerland-Gesetz kann den Landraub nicht eindämmen. Denn auch dieses Gesetz schreibt der Exekutive die letzte Entscheidungsgewalt in Landrechtsstreitigkeiten zu. So haben gemäß dem Gesetz nicht die Gerichte die letzte Entscheidungsgewalt, sondern eine zentrale Behörde, die von den Ministern für Landwirtschaft, für Bewässerung und weiteren Bundesbehörden gebildet wird. Auch sieht das Gesetz vor, dass der Staat weiterhin willkürlich Land im „nationalen Interesse“ beschlagnahmen kann. Viele umstrittene Staudamm- und Pipeline-Projekte wurden in den vergangenen Jahren von der Regierung gegen den Widerstand indigener Völker durchgesetzt, um so genannte „nationale Interessen“ zu schützen. Noch immer gilt der in der Verfassung 2008 festgeschriebene Grundsatz, dass der Staat der alleinige Eigentümer von Grund und Boden ist und ihm auch alle Rohstoffe zufallen, die unter diesem Land liegen. Da Regierung, Militärs und führende Wirtschaftsunternehmen Burmas auch nach Beginn der Demokratisierung eng miteinander verwoben sind, wird der Raub indigenen Landes in Burma weiter zunehmen. (ud)

## **7. Russland: „Landgrabbing“ ist neue Bedrohung für indigene Bevölkerung**

Russland besitzt rund sieben Prozent aller bestellbaren Böden der Welt. Neben Argentinien, Kasachstan und der Ukraine ist Russland einer der vier Staaten, von denen der FAO (Food and Agriculture Organisation of the UN) annimmt, dass sie unerschlossenes Land-Potential haben. Zwischen 27 und 40 Millionen Hektar sollen unterschiedlichen Schätzungen zufolge brach liegen. Deshalb werden auch Investoren zunehmend auf die Flächen in Russland aufmerksam. Das schwedische Unternehmen Black Earth Farming hat sich bereits 331.000 Hektar des sehr fruchtbaren Schwarzerde-Bodens gesichert – immerhin eine Fläche, die weit größer als das Saarland ist. Der russische Staat selbst bietet ausländischen Investoren dieses Land an.

Im September 2012 findet in Wladiwostok der Gipfel der Asiatisch-pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft APEC statt. Ein Thema ist die Ernährungssicherheit. Schon im Januar 2012 hatte der stellvertretende Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Andrej Slepnev, die russischen Flächen beworben. Er nannte die Regionen Primorsky Krai, Khabarovsk und Amur, wo weite Flächen an Investoren z.B. aus Japan, China oder Vietnam abgegeben werden sollten. Landwirtschaftlich zu nutzende Flächen sollen geleast werden. Bei diesen Projekten, die jeweils 150.000 bis 200.000 Hektar groß sein sollen, geht es nicht allein um Getreide wie Soja oder Reis, sondern auch um Pflanzensprit, wie Slepnev darstellt. In den genannten Regionen sei die Hälfte des Landes „ungenutzt“, die Regionen seien dünn besiedelt und der Klimawandel lasse die Ernte-Ergebnisse nochmals um elf bis 14 Prozent in den kommenden 30 bis 50 Jahren in die Höhe klettern.

In den genannten Regionen sind etliche indigene Gemeinschaften (betroffen sind schätzungsweise bis zu 20.000 Personen) zu Hause, die auch ohne ausländische Landaufkäufe schon genug Probleme haben: Hier leben die Nanai, Udege, Oroken, Ultschen, Ewenen und Ewenken. Sie leiden unter dem so genannten Land-Kodex. Er sieht vor, dass Flächen von Privatpersonen oder Unternehmen auf Auktionen ersteigert werden können. Die Vertreter der indigenen Gruppen haben auf diesem Markt keine Chance, da sie zu den ärmsten Bevölkerungsgruppen der Föderation gehören. Nun hat Präsident Wladimir Putin kurz nach seinem Amtsantritt ein Ministerium für die Förderung der Entwicklung des russischen Fernen Ostens eingerichtet. Er sagte, diese Entwicklung sei die „wichtigste geopolitische Aufgabe Russlands“. Schon unter dem früheren Präsidenten Dmitri Medwedew wurde eine engere Kooperation mit China vereinbart. Dabei fällt auf, dass der russische Ferne Osten mit den geplanten Projekten die Rohstoffe für die chinesische Industrie liefert – also Öl, Gas, Holz sowie landwirtschaftliche Produkte. Auch das bedroht die indigenen Gruppen, die ihre traditionellen Nutzungsrechte auf das Land verletzt sehen.

Die indigenen Gemeinschaften empfinden sich als vollkommen ohnmächtig. Sie werden nie gefragt, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt, wenn es um den Verkauf ihres Landes, um Rohstoffabbau oder den Bau von Pipelines und damit die Zerstörung ihres Gebietes geht. Obwohl durch die erste Regierung Putin 2001 das Gesetz über „Territorien zur traditionellen Naturnutzung durch indigene kleine Völker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens der Russischen Föderation“ beschlossen wurde, gibt es bis heute weder die Umsetzung dieser Bestimmung noch ein solches Territorium. Durch das Projekt zur „Entwicklung des

Fernen Ostens“ sehen die Vertreter der indigenen Völker dieses Gesetz einmal mehr in Gefahr. Die neue Bestimmung setzt geltende Regularien ausdrücklich außer Kraft. Die lokalen Behörden sollen übergangen werden, Infrastrukturprojekte und anderes soll direkt in Moskau beschlossen werden. Olga Muraschko, Vertreterin der Dachorganisation der indigenen Gruppen in Russland „RAIPON“, beklagt die absolute Ohnmacht der indigenen Gruppen, wenn es um ihr Land und ihre traditionelle Lebensweise geht. In den Gesetzesvorhaben sind die indigenen Gruppen und ihre Rechte mit keiner Silbe erwähnt.

RAIPON ist sich des noch bedrohlicheren Themas „Land-Grabbing“ nicht bewusst. Wenn es zu Bodenaufkäufen kommt, werden die Indigenen wieder nicht gefragt werden. Sie sind eine extrem gefährdete Bevölkerungsgruppe. Ihre Lebenserwartung liegt über zehn Jahre unter dem russischen Durchschnitt, viele ihrer Sprachen werden von der UNESCO als akut vom Aussterben bedroht definiert. Ihre traditionellen Landnutzungsrechte sind nicht gesetzlich geregelt, so dass ihnen gegen Investoren keine rechtliche Handhabe zur Verfügung steht. Viele empfinden sich als weitgehend versklavt, weil sie auf Land leben, das Unternehmen oder Investoren gehört und für das sie Abgaben in Form von Naturalien bezahlen müssen. Bei Großprojekten des Staates geraten sie immer weiter ins Abseits. Viele der Gruppen, die unter 50.000 Angehörige zählen, müssen akut um ihre Existenz fürchten. (sr)

## 8. Äthiopien: Agrarkonzerne pachten riesige Flächen

Der Ausverkauf von Land in Äthiopien nimmt immer dramatischere Ausmaße an. Mit der geplanten Verpachtung riesiger Flächen wird die Armut von Kleinbauern noch weiter geschürt und viele kleinere Völker werden in ihrer Existenz bedroht. Äthiopien hat bis zum Mai 2012 bereits mehr als vier Million Hektar fruchtbares und vermeintlich ungenutztes Land Investoren im In- und Ausland zur Pacht angeboten, erklärte Premierminister Meles Zenawi im Mai 2012. Das entspricht insgesamt einer Fläche von 40.000 Quadratkilometern. So groß sind etwa die Niederlande. Rund 750.000 Menschen, die seit Generationen auf diesem Land leben oder es wirtschaftlich nutzen, sollen dafür umgesiedelt werden. Mindestens 225.000 Menschen, denen die Vertreibung droht, sind Ureinwohner.

Von den Großplantagen, die Investoren anlegen und deren Produkte zumeist exportiert werden, haben Äthiopiens Kleinbauern und die immer wieder hungernde Landbevölkerung nur wenig. Vor allem im Süden und Südwesten Äthiopiens führt der Landraub zu massiven Problemen kleinerer Völker, die eigene Bevölkerung zu ernähren. Es ist skandalös, dass Äthiopien um internationale Nahrungsmittelhilfe für die Regionen Oromiya und Ogaden bittet und zugleich den Bauern auch in diesen Gebieten immer mehr Land raubt, um Platz für die Exportproduktion ausländischer Investoren zu schaffen. Angesichts geringer Regenfälle hatte die äthiopische Regierung im Februar 2011 an die internationale Gemeinschaft appelliert, drei Millionen Dürreopfer im Osten und Süden des Landes mit Nothilfe im Wert von 226 Millionen US-Dollars zu unterstützen.

Rund 2,2 Millionen Hektar Land wurden bis Juni 2012 an 5.284 Investoren verpachtet, berichtete das äthiopische Landwirtschaftsministerium. Nur 126 dieser Investoren sind ausländische Unternehmen, die allerdings 27 Prozent der insgesamt verpachteten Landflächen kontrollieren. Von diesen 2,2 Millionen Hektar Land wurde bislang allerdings nur

auf 372.088 Hektar die Bewirtschaftung aufgenommen. So werden nur 17,6 Prozent der an Investoren vergebenen Flächen auch tatsächlich wirtschaftlich genutzt, räumte das Landwirtschaftsministerium in Addis Abeba ein.

Zu den bedeutendsten ausländischen Pächtern zählen indische Unternehmen. Sie haben nach Angaben des Landwirtschaftsministers bereits 4,7 Milliarden US-Dollars in die äthiopische Landwirtschaft investiert. So hat der weltweit größte Rosenzuchtbetrieb, die in Bangalore ansässige Firma Karuturi Global Limited, 100.000 Hektar Land in Gambella im von indigenen Völkern bewohnten Südwesten des Landes gepachtet. Die indischen Firmen betreiben vor allem den Anbau von Baumwolle, Weizen, Ölpalmen, Kautschuk, Ölsaaten und Zuckerrohr.

Aber auch saudi-arabische Unternehmen sind sehr engagiert auf dem Land indigener Gemeinschaften in Äthiopien. So hat die mehrheitlich von dem saudi-arabischen Milliardär Mohamed Al-Amoudi kontrollierte Firma Horizon Plantations Ethiopia im März 2012 in der Vielvölker-Region Benishangul-Gumuz 20.000 Hektar Land gepachtet. In dem im Nordwesten des Landes gelegenen Bundesstaat gehören 56% der Bewohner indigenen Völkern an.

Auf Kritik stößt der Ausverkauf des Landes nicht nur bei den betroffenen Bauern, sondern auch bei Äthiopiens Staatspräsident Girma Wolde-Giorgis. Der Präsident hat am 10. Dezember 2010 in einem Brief an den Landwirtschaftsminister die Rodung von Wäldern in der Region Gambella für den Bau von Großfarmen ausländischer Investoren kritisiert.

In Gambella sollen im Rahmen eines staatlichen Verdorfungsprogrammes drei Viertel der 300.000 Bewohner in 49 neue „Dörfer“ umgesiedelt werden. Besonders betroffen sind von diesem Großprojekt 60.000 Anuak-Ureinwohner sowie mehr als 100.000 Angehörige des Volkes der Nuer. Mit der Umsiedlung soll Platz geschaffen werden für neue Reis-, Weizen- und Zuckerrohrplantagen indischer und saudi-arabischer Firmen. An die indische Firma BHO Agro wurden 27.000 Hektar und an den indischen Ruchi-Konzern 25.000 Hektar verpachtet. Das saudi-arabische Unternehmen Saudi Star sicherte sich 10.000 Hektar.

Äthiopiens Regierung argumentiert, dass die Flächen ohnehin brach liegen würden und somit der äthiopischen Nahrungsproduktion kein Schaden zugefügt werde. Doch das stimmt so nicht. Denn viele der nun für Großplantagen gerodeten Flächen werden traditionell von den kleineren Völkern als Jagdgründe sowie als Anbaufläche genutzt. Die traditionellen Landrechte dieser Völker werden von den Behörden ignoriert. (du)

## 9. Sudan: Investoren machen Ureinwohnern Flächen streitig

Der weltgrößte Öl-Exporteur Saudi-Arabien ist händeringend auf der Suche nach Möglichkeiten, seine Abhängigkeit von kostspieligen Nahrungsmittelimporten zu verringern, die zu übersteuerten Weltmarktpreisen eingekauft werden. Eine der möglichen Lösungen ist der großflächige Anbau von Nahrungsmitteln durch saudi-arabische Unternehmen im befreundeten Ausland. Denn Saudi-Arabien selbst verfügt nicht über ausreichend fruchtbare Flächen, um sich selbst zu versorgen. Da war es eine frohe Kunde, als Sheikh Saleh Karmel, der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer von Jeddah und Gründer des Konzerns Dalla Al Baraka, im April 2012 erklärte, sein Unternehmen habe 808.000 Hektar Land im

Osten des Sudan erworben. Dort sollen großflächig Nahrungsmittel angebaut werden, um die Lebensmittelversorgung Saudi-Arabiens langfristig sicherzustellen. Es sollen auf den Großplantagen sogar auch Überschüsse erwirtschaftet werden, die in andere Staaten exportiert werden sollen. Die Regierung des Sudan hat den Investoren zugesichert, in dem Gebiet eine Freihandelszone einzurichten und keine Steuern oder andere Abgaben zu erheben.

Sudans Großzügigkeit hat gute Gründe. Denn seit der Unabhängigkeit des Südsudan im Juli 2011 haben die wirtschaftlichen Probleme so sehr zugenommen, dass das Land heute vor dem Bankrott steht. Lange war die Erdölausfuhr eine der bedeutendsten Einnahmequellen des Sudan und ein Pfeiler der Wirtschaftsordnung. Da die meisten dieser Ölquellen nun im Südsudan liegen, konnte der Sudan nur noch von Gebühren für die Durchleitung des im Südsudan geförderten Öls durch eine Pipeline zu den Verladestationen am Roten Meer profitieren. Von dort wird das Öl vor allem nach China exportiert. Da man sich mit dem verfeindeten Südsudan weder auf Transitgebühren, noch auf die Klärung des Status von Ölquellen einigen konnte, die zwischen beiden Ländern umstritten sind, stellte der Südsudan im Februar 2012 seine Öltransporte bis auf weiteres ein. Weitere finanzielle Verluste entstanden durch die Bombardierung von sudanesischen Ölfeldern in Heglig durch den Südsudan, so dass bis auf weiteres auch kein Öl aus diesen Quellen im Sudan gefördert und exportiert werden kann. Kostspielig ist auch der anhaltende Krieg in drei Regionen (Darfur, Süd-Kordofan, Blauer Nil), so dass Staatspräsident Omar Hassan al Bashir immer neue drastische Sparmaßnahmen verkünden muss, um die Staatspleite zu verhindern. Viele der verkündeten Sparmaßnahmen mussten aufgrund massiver öffentlicher Proteste bereits nach wenigen Tagen wieder von der Regierung zurückgenommen werden.

Um zu überleben, ist das Bashir-Regime dringend auf finanzielle Hilfen aus der arabischen Welt angewiesen. Im März 2012 war der sudanesischen Finanz- und Wirtschaftsminister Ali Mahmood Abdel-Rasool nach Saudi-Arabien gereist und hatte dort um finanzielle Unterstützung gebeten. Traditionell haben sudanesischen Regierungen in den vergangenen 50 Jahren oft auf die finanziellen Hilfen der arabischen „Bruderstaaten“ gesetzt, um ihre kostspieligen Kriege gegen vermeintliche „ungläubige“ christliche Südsudanesen sowie gegen muslimische Nuba und Darfuris fortsetzen zu können.

Auch andere arabische Staaten investieren in die sudanesischen Landwirtschaft. So pachtete der Nahrungsmittelkonzern Al Ghurair Foods aus den Vereinigten Arabischen Emiraten erst im Frühjahr 2012 rund 100.000 Hektar Ackerland im Sudan. Auch der Vorsitzende des Nationalen Übergangsrates Libyens, Mustafa Abdul Jalil, plant, größere Anbauflächen im Nachbarland zu pachten. So wird der Sudan, der aufgrund von Dürreperioden und von Menschen ausgelöst und geschürten Bürgerkriegen regelmäßige auf internationale Nahrungsmittelhilfe angewiesen ist, um mehrere Millionen Notleidende zu versorgen, zum Exporteur von Nahrungsmitteln. Eine absurde Entwicklung, die viele Fragen zu den Perspektiven internationaler humanitärer Nothilfe aufwirft.

Unter dem Landraub leiden auch indigene Völker. So sind von dem 808.000 Hektar großen Megaprojekt Saudi-Arabiens im Osten des Sudan vor allem die seit Jahrzehnten vernachlässigten Beja betroffen. Der Osten des Sudan gilt als eine der ärmsten Regionen des Landes. Vertreter der lokalen Bevölkerung beklagten, das Land sei unter Wert an die Investoren verkauft worden. Die 2,2 Millionen indigenen Beja leben traditionell als

Nomaden. Wenn nun Investoren in ihr Land eindringen, werden sie ihre neuen Anbauflächen einzäunen und indigenen Gemeinschaften die Möglichkeit nehmen, auf dem traditionell ihnen gehörenden Land noch länger ihr Vieh grasen zu lassen. Indigene Völker in Kenia und Tansania, die auch von der Viehzucht leben, haben bereits leidvolle Erfahrungen mit den fremden Investoren gesammelt, die auf traditionelle Eigentumsverhältnisse indigener Völker in Ostafrika keine Rücksicht nehmen. So wird es für die Beja immer schwerer, ihre traditionelle Lebens- und Wirtschaftsform zu bewahren und ihr Überleben zu sichern. Die Beja gelten als eines der ältesten Völker der Region. Sie leben seit rund 6.000 Jahren in der immer wieder von Dürren heimgesuchten hügeligen Landschaft in der Nähe des Roten Meeres.

Auch die im Norden des Sudan entlang dem Strom Nil lebenden indigenen Nubier leiden unter den Folgen der Ausweitung immer neuer landwirtschaftlicher Anbauflächen. Denn Landwirtschaft kann in vielen von anhaltender Trockenheit gezeichneten Regionen des Sudan nur betrieben werden, wenn die ständige Bewässerung der Felder sichergestellt wird. Die Regierung lässt am Unterlauf des Nil nahe der Grenze zu Ägypten nach der jüngsten Fertigstellung des Merowe Staudamms mindestens noch drei weitere neue Staudämme errichten. Mit ihnen soll vor allem Strom erzeugt werden, aber sie dienen explizit auch zur Bewässerung von landwirtschaftlichen Anbauflächen und zur Ausweitung der Agrarproduktion. Ungeachtet der Proteste der Nubier und arabischer Nomaden sowie Kleinbauern wurde mit Hilfe deutscher Ingenieure der Merowe-Staudamm errichtet und 2009 in Betrieb genommen. Die Nubier beklagen, dass für den Bau dieses und weiterer Staudämme mehrere hundert alte Grabstätten und Relikte Jahrtausende alter Nubier-Kultur willkürlich geflutet und zerstört werden. Außerdem werden zehntausende Nubier zwangsumgesiedelt, die bislang Gärten entlang des Flusses bewirtschafteten. Für den Bau des Merowe-Staudammes und des 174 Kilometer langen Stausees wurden bereits 50.000 Kleinbauern und Nomaden von den indigenen arabischen Volksgruppen der Manasir, Amri und Hamadab zwangsweise umgesiedelt. Die zwischen der sudanesischen Hauptstadt Khartum und der Grenze zu Ägypten am Nil-Strom lebenden indigenen Völker rechnen damit, dass sie bald das Land ihrer Ahnen verlieren werden, um Platz zu schaffen für neue bewässerte Felder ausländischer Investoren.

Nach Recherchen der Weltbank sind 132 größere Landverpachtungen oder –verkäufe zwischen 2003 und 2008 im Sudan vorgenommen worden. In 42 dieser Fälle investierten ausländische Unternehmen in sudanesishe Agrarprojekte. Durchschnittlich umfassten diese Projekte jeweils mehr als 8.000 Hektar Land. (ud)

## **10. Südsudan: Neun Prozent des Landes verpachtet**

In dem erst seit Juli 2011 unabhängigen Staat Südsudan wird viel Kritik am Ausverkauf fruchtbaren Ackerlandes an ausländische Investoren geäußert. Schon vor der Unabhängigkeit waren allein zwischen 2007 und 2010 mehr als 5,7 Millionen Hektar an in- und ausländische Investoren übertragen worden, um dort Nahrungsmittel oder Energiepflanzen anzubauen oder um Holzplantagen einzurichten. Die in Hongkong ansässige Investment-Gesellschaft Jarch Capital hat im April 2009 ihre bereits bestehende Pacht von 400.000 Hektar Land verdoppelt und kontrolliert nun 800.000 Hektar. Der Agro-Konzern

Concord hat 250.000 Hektar Land für 25 Jahre gepachtet. Damit sind rund neun Prozent des Staatsterritoriums für neue Agrarprojekte vergeben worden. Das gigantische Ausmaß des Landraubs gefährdet akut die Nahrungsmittelversorgung, verletzt traditionelle Landrechte indigener Völker und anderer ethnischer Gemeinschaften und verschärft die Armut. Nach Jahrzehnten des Krieges und Völkermords hat der Südsudan nun besonders große Defizite bei der Entwicklung und Förderung der Infrastruktur sowie bei der Wirtschaftsentwicklung. Die Regierung des neuen unabhängigen Staates spricht daher besonders gezielt private Investoren an, um schnell Fortschritte bei der Förderung der Landwirtschaft und bei der Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung zu machen. Schon rufen Nichtregierungsorganisationen im In- und Ausland zu einem Moratorium für Landverpachtungen und –verkäufe auf, um zunächst die Folgen der bereits vereinbarten Megaprojekte zu untersuchen.

Von den Großprojekten im Vielvölkerstaat Südsudan sind auch indigene Gemeinschaften betroffen. Das in Texas in den USA ansässige Unternehmen Nile Trading and Development hat 600.000 Hektar Land im März 2008 für 49 Jahre gepachtet. Gemäß dem Vertrag kann die Firma das im Bezirk Mukaya Payam im Bundesstaat Zentral-Equatoria Land beliebig roden, dort Plantagen einrichten oder Bodenschätze fördern. Das Unternehmen erhielt die Flächen zu einem Spottpreis von 25.000 US-Dollar. Somit kostete der Hektar nur rund 0,04 US-Dollar. Die rund 950.000 dort lebenden Angehörigen der indigenen Völker der Pojulu waren bislang meist Bauern und hielten sich einige Schafe und Ziegen. So lebten sie von den Erträgen ihres Anbaues und ihrer wenigen Tiere. Doch dies könnte sich schon bald ändern, wenn die US-Investoren die gesamte gepachtete Landfläche bewirtschaften. Denn dann wird kein Platz mehr sein für indigene Kleinbauern, die auch nicht über die technischen Kenntnisse verfügen, um in einem hochmodernen Landwirtschaftsunternehmen des ausländischen Investors mitarbeiten zu können. Die Pojulu haben sich im Juli 2011 geweigert, der Firma ihr Land zu übergeben. Massiv kritisieren sie, dass sie vor der umstrittenen Verpachtung weder von den Behörden noch von dem Unternehmen um eine Stellungnahme gebeten wurden. Es ist immer wieder der Mangel an Transparenz, der von indigenen Völkern, Nichtregierungsorganisationen und Kleinbauern kritisiert wird.

Angesichts der Proteste in der Öffentlichkeit sieht auch die Regierung des Südsudan inzwischen die Schattenseiten des Land-Booms und wird aktiv. So bemüht sie sich um eine Annullierung einiger besonders umstrittener Vertragswerke. Doch die Investoren pochen auf deren Rechtmäßigkeit. (ud)

## **11. Guatemala: El Dorado für Bio-Treibstoff-Industrie im Land der Maya**

In Guatemala boomt der Anbau von Zuckerrohr und Ölpalmen für den internationalen Markt zur Produktion der Bio-Treibstoffe Ethanol und Biodiesel. Der Druck auf das Land der Maya nimmt zu. Sich einst selbst versorgende Kleinbauern werden immer mehr zu schlecht bezahlten landlosen Tagelöhnern auf den Plantagen. Dabei kommt es auch zu gewaltsamen Vertreibungen ganzer Dorfgemeinschaften. Im März 2011 zum Beispiel traf es etwa 800 Familien der Qeqchi' Maya aus mehr als zehn Dörfern im Polochic-Tal, Department Alta Verapaz. Nach Angaben des Komitees der Campesinos in Guatemala CUC wurde die Gegend

von Bewaffneten der nationalen Polizei und Söldnern eines Zucker-Unternehmens aus Hubschraubern und am Boden angegriffen. Etwa 3.200 Menschen wurden vertrieben, ihre Häuser, Hausrat, Werkzeuge, Nahrungsmittel und Ernten zerstört. Nach unterschiedlichen Quellen kamen bis zu drei Menschen zu Tode.

Die Qeqchi' lebten schon seit mehreren Generationen auf diesem Land, das sie als ihren historischen Besitz betrachten. Da die Menschen meist Analphabeten sind und kein Spanisch sprechen, konnten sie sich nicht wehren, als das Unternehmen Chabil Utzaj das Land als sein Eigentum beanspruchte. Wenige Monate nach dem Überfall waren hunderte Hektare in diesem üppigen Tal mit Zuckerrohr bepflanzt – für die Produktion von Ethanol für Autofahrer in Europa. Ganze Familien Vertriebener leben heute einem Bericht des britischen Guardians (5. Juli 2012) zufolge obdachlos entlang der Straßen; da die Männer in die Berge geflohen seien, mussten die Frauen sich und die Kinder als Tagelöhner durchbringen. Im Polochic-Tal gibt es seit langem Auseinandersetzungen mit Wirtschaftsunternehmen, die Ansprüche auf Land erheben, das indigene Gemeinden auf Grund von historischen Rechten für ihr Eigentum halten. Begünstigt wird dies dadurch, dass es in Guatemala keine eindeutige Rechtsprechung für Landrechte gibt.

Auch der Anbau der Ölpalme boomt in Guatemala, das sich gerade zu einem der weltweiten Marktführer für den Anbau von Rohstoffen für die Biotreibstoffproduktion zu entwickeln scheint. Die enorme Ausdehnung der Monokulturen führt bereits zu einer Verknappung der Anbauflächen für Nahrungsmittel insbesondere in den indigenen Territorien in den Departments Alta Verapaz, Izabal und Petén. In dieser hauptsächlich von Qeqchi' Maya bewohnten Gegend liegen zurzeit 60 Prozent der Anbauflächen im Land, darunter die meisten der erst seit 2005 in Ölpalmpflanzungen umgewandelten Flächen. Dabei wird auf die in der Regel sehr armen indianischen Kleinbauern Druck ausgeübt, damit sie ihr Land an Großgrundbesitzer verkaufen, die es dann ihrerseits an Großkonzerne für Zuckerrohr- und Palmölplantagen oder Viehzucht weiterveräußern.

„Es ist sehr traurig“, berichtete ein indianischerer Bauer dem Journalisten Eitan Haddok (Scientific American, 13.1.2012), „aber wir sind jetzt alle von der Ölpalme abhängig“. Er lebt in einem Dorf in Nord-Guatemala, das wie eine kleine Insel inmitten von Ölpalmenplantagen des Unternehmens Hame liegt. „Sie kamen immer wieder in unser Dorf und sagten uns, dass wir unser Land besser verkaufen sollten, bevor sie kommen und es sich einfach nehmen. Also haben wir unsere Parzellen verkauft. Heute können wir das Land nicht mehr durchqueren, alles gehört der Palme. Wir haben kein Brennholz mehr und kein Wasser; das wenige, das uns zugänglich ist, ist von Chemikalien aus den Gräben in der Plantage verseucht.“

Die Palmölmwirtschaft wird von fünf kreolischen Großgrundbesitzer-Familien kontrolliert, die im Oligopol der Palmöl-Anbauer (OPA) zusammengeschlossen sind. 60 Prozent des unverarbeiteten Palmöls wird direkt an den Weltmarkt weitergegeben, da es in Guatemala noch keine Raffinerie gibt. Der Rest wird zu Speiseöl und Seife verarbeitet. Die Zuwachsraten sind enorm: von 2005 bis 2010 nahm die Ernte der Ölpalmenfrüchte um 146 Prozent zu. Neue Plantagen entstehen dabei vor allem dort, wo sich Regenwald, Feuchtgebiete oder Flächen für den Nahrungsanbau befinden. Gerade die Waldgebiete liefern den indigenen Kleinbauern aber Holz als Brennstoff und für den Hausbau, Medizinpflanzen, Wild und andere Nahrung, die wichtig ist für die Ernährungssicherheit der Familien.

Vor zehn Jahren war Guatemala noch Selbstversorger mit dem Hauptnahrungsmittel Mais. Als Folge des Landgrabbing zu Gunsten der Agroindustrie für Biotreibstoffe müssen inzwischen 38 Prozent des benötigten Mais eingeführt werden. 2009 musste Präsident Colom sogar für einige Wochen den nationalen Ernährungsnotstand ausrufen, der 470 Menschen das Leben kostete. (bgt)

## **12. Kolumbien: Für Ölpalm-Plantagen Afrokolumbianer vertrieben**

In Kolumbien dehnen sich Ölpalm-Plantagen seit den 1980er Jahren rasant aus. Leidtragende sind vor allem mehrere indigene Völker und Gemeinschaften der Afro-Kolumbianer. Nach Angaben der kolumbianischen Menschenrechtsorganisation CODHES wurden allein im Jahr 2010 durch diese Landnahme mehr als 280.000 Menschen vertrieben.

Die Ölpalme wurde schon 1932 in Kolumbien eingeführt, doch der Anbau in großem Maßstab begann erst nach dem 2. Weltkrieg (1945). Kolumbien liegt, so Paula Alvarez Roa (Brot für die Welt: „Land ist Leben“ 2011, S. 18 ff.) inzwischen an Platz fünf der Produzenten von Palmöl weltweit – auf Kosten von etwa vier Millionen Binnenvertriebenen. Von 6,6 Millionen Hektar Land haben Paramilitärs oder andere Bewaffnete die Einwohner bereits vertrieben. Anbauflächen für die Nahrungsversorgung werden zunehmend mit Ölpalm-Plantagen belegt. Entsprechend sind Álvarez Roa zufolge die Lebensmittelimporte von fünf Millionen Tonnen 2002 auf 13 Millionen Tonnen in 2009 angestiegen. Die Politologin aus Kolumbien schildert eine der üblichen Einschüchterungstaktiken von Unternehmen, mit denen Afrokolumbianer in Tumaco an der Grenze zu Ecuador zum Verlassen ihres Landes genötigt werden: Bewaffnete suchen den Anführer einer Gemeinschaft auf und bedrohen ihn: „Entweder ihr verkauft das Land oder wir verhandeln mit euren Witwen.“ Eine andere Methode: Wer sich darauf einlässt, sein Land zu verpachten, gibt nicht nur die Entscheidung darüber ab, was dort angebaut wird, sondern wird anschließend unter Druck gesetzt, das Land ganz zu verlassen.

Am besten für die Plantagen eignen sich die Gebiete Orinoquía (am Fuße der Anden gelegene Gebiete der östlichen plains), Magdalena Medio (Cesar und Magdalena), die Atlantische Küste (Sucre, Córdoba, Bolívar und Teile von Magdalena) und die Pazifische Küste (inklusive Chocó). Die EU ist der weltweit zweitgrößte Importeur von kolumbianischen Palmölprodukten und der weltweit größte von kolumbianischem Rohpalmöl. Mehr als 70 Prozent des kolumbianischen Palmölexports sind für den europäischen Markt bestimmt, bei der Einbeziehung von Palmkernöl sind es sogar 80 Prozent. Ölpalm-Plantagen haben einen enormen Landverbrauch, da auch für die Transportwege von und zu den Plantagen riesige Flächen an Wald gerodet werden müssen. Spritzmittel gegen Parasiten und Pilze gelangen in das Grundwasser. Ölpalmen vermindern die Biodiversität und verschlechtern die Bodenqualität.

Zwar sind mittlerweile viele Afrokolumbianer in ihre Gebiete zurückgekehrt und erhielten auch ihre Landtitel zurück, doch Rückkehrer sind per Gesetz verpflichtet, zwischenzeitlich auf ihrem Land angelegte agroindustrielle Projekte fortzuführen. Wenn also auf ihrem Land während ihrer Abwesenheit eine Ölpalm-Plantage entstanden ist, müssen sie diese weiter

bewirtschaften. Sie sind dann vollkommen von den Abnehmern der Ölf Früchte abhängig, die oft eine Monopolstellung haben und die Preise diktieren. (bgt)

### **13. Argentinien: Wichí durch Zuckerrohr, Ölpalmen, Soja vertrieben**

Im Zuge der zunehmenden Entwaldung des Gran Chaco, einer Region mit Trockenwäldern und Dornbuschsavanne im Grenzgebiet zwischen Bolivien, Paraguay, Argentinien und Brasilien, hat auch der Holzeinschlag in der argentinischen Provinz Salta seit 2011 enorm zugenommen. Hier und in der Provinz Jujuy im Nordwesten Argentiniens führt die Ausdehnung der Anbaugelände von Zuckerrohr und Ölpalmen, aber auch Soja zur Vertreibung von indigenen Gemeinschaften. Auf dem Wege juristischer Anspruchsverfahren versuchen sie, ihre Landrechte abzusichern. Indigene Landrechte werden häufig missachtet, obwohl sie in nationalen und internationalen Gesetzen und Abkommen geschützt sind, die Argentinien anerkannt hat.

2007 hat Argentinien ein neues Waldgesetz verabschiedet, das jede Provinz zur Entwicklung eines Landnutzungsplanes verpflichtet. Er soll die ursprünglichen Wälder schützen. Für die Provinz Salta schloss dieser Plan jedoch das Mitbestimmungsrecht indigener und anderer ländlicher Gemeinden nicht mit ein. Das Gesetz verhinderte die großflächige Entwaldung der Region nicht. In Mitleidenschaft gezogen wurden insbesondere die Wichí von Misión Chaqueña und die Guaraní von El Talar. Als Folge erbitterter Proteste verbot der Oberste Gerichtshof Argentiniens 2009 den Holzeinschlag in einigen Bezirken der Provinz Salta. Die Erfolge dieses Verbots waren jedoch so dürftig, dass die indianischen Gemeinschaften ihre Landrechte auch danach mit Protestaktionen wie Demonstrationen, Straßenblockaden oder Absperungen durch Zäune unterstreichen mussten.

Die rund 12.000 Wichí im Chaco geraten aber auch durch den Anbau von Soja unter Druck, dem die Wälder, in denen sie Früchte, Wurzeln oder Honig sammeln, fischen und jagen, zunehmend zum Opfer fallen. Mangel- und Unterernährung sind die Folge. Krankheiten wie Tuberkulose breiten sich aus. 2011 starben bereits zehn Wichí-Kinder an Unterernährung. Auch die Deutsche Bank ist über Investitionen dreier DWS-Fonds in den argentinischen Agrarkonzern Cresud an dessen Gewinn durch Viehzucht und Getreideanbau für den Export beteiligt. Cresud ist Spitzenreiter der Entwaldung in der Provinz Salta. Mehr als 56.000 Hektar Wald hat der Konzern zwischen 2004 und 2007 in Weiden und Felder verwandelt. Leidtragende sind vor allem die Wichí.

Im März 2012 hat die GfbV die Verletzung der Grundrechte der indigenen Völker Argentiniens in einer Stellungnahme zum Länderprüfverfahren (UPR) vor den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen gebracht. (bgt)